

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite VII
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV

Erstes Kapitel: Grundlagen der Steuerrechtsordnung

§ 1 Einführung

1. Über die Bedeutung der Steuern und des Steuerrechts in der Rechts- und Wirtschaftsordnung	1
2. Steuerrecht als Teil der Rechtsordnung	3
2.1 Steuerrecht als öffentliches Finanzrecht, selbständiger Zweig des Verwaltungsrechts und öffentliches Schuldrecht	3
2.2 Verhältnis des Steuerrechts zu anderen Rechtsgebieten	5
2.2.1 Steuerrecht und Zivilrecht	6
2.2.2 Steuerrecht und Sozialrecht	8
2.3 Steuerrecht und „Einheit der Rechtsordnung“	10
3. Steuern als Gegenstand von Forschung und Lehre	11
3.1 Steuerwissenschaftliche Disziplinen	11
3.2 Steuerrechtliche Bibliographie	17

§ 2 Überblick über die Gebiete und Gesetze der Steuerrechtsordnung

1. Überblick über den Lehrstoff des Steuerrechts	21
2. Gebiete und Gesetze des allgemeinen Steuerrechts	22
2.1 Die Abgabenordnung als Teilkodifikation (Mantelgesetz) des Steuerrechts	22
2.2 Allgemeines Steuerschuldrecht	24
2.3 Steuerverfahrensrecht	25
3. Gebiete und Gesetze des besonderen Steuerrechts	27
3.1 Besonderes Steuerschuldrecht und Sondergebiete des Steuerrechts	27
3.2 Internationales Steuerrecht	28
3.3 Europäisches Steuerrecht	35

§ 3 Finanzverfassungsrechtliche Grundlagen der Steuerrechtsordnung

1. Einführung	45
2. Der Steuerbegriff; Abgrenzung von anderen Abgaben	49
2.1 Verfassungsrechtlicher Inhalt und Bedeutung des Steuerbegriffs	49
2.2 Die Merkmale des Steuerbegriffs in § 3 I AO	51
2.3 Gebühren	52
2.4 Beiträge	53
2.5 Sonderabgaben	54
3. Die Steuergesetzgebungshoheit (Art. 105 GG)	56
4. Die Steuerertragshoheit (Art. 106; 107 GG)	62
5. Die Steuerverwaltungshoheit (Art. 108 GG)	67

§ 4 Rechtsstaatliche Ordnung des Steuerrechts

	Seite
A. System des Steuerrechts	69
1. Problemstellung: Rechtsstaatliche Systemhaftigkeit oder Chaos der Besteuerung? ..	69
2. Das äußere System	70
3. Das inhaltliche oder innere System	71
3.1 Prinzipien als Träger des inhaltlichen oder inneren Systems	72
3.2 Die steuergesetzlichen Normgruppen im System	74
3.2.1 Drei Normgruppen	74
3.2.2 Relevanz der richtigen Einordnung	76
4. Die Effizienz des Systemgedankens	76
B. Rechtsstaatlichkeit des Steuerrechts	77
1. Formale und materiale Rechtsstaatlichkeit	77
2. Verwirklichung formaler Rechtsstaatlichkeit im Steuerrecht	79
3. Verwirklichung materialer Rechtsstaatlichkeit im Steuerrecht	79
3.1 Steuergerechtigkeit und Rechtfertigung von Steuern	79
3.2 Konkretisierung materialer Rechtsstaatlichkeit in systemtragenden Prinzipien des Steuerrechts	81
C. Die systemtragenden Prinzipien rechtsstaatlichen Steuerrechts	82
1. Gleichmäßigkeit der Besteuerung	82
1.1 Bedeutung und Inhalt des allgemeinen Gleichheitssatzes (Art. 3 I GG) im Steuerrecht	82
1.2 Das Leistungsfähigkeitsprinzip als allgemein anerkanntes Fundamentalprinzip gerechter Besteuerung	88
1.2.1 Das Leistungsfähigkeitsprinzip als systemtragender Vergleichsmaßstab für Fiskalzwecknormen	88
1.2.2 Konkretisierungen des Leistungsfähigkeitsprinzips	92
1.2.2.1 Zuordnungssubjekte steuerlicher Leistungsfähigkeit	92
1.2.2.2 Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips im Vielsteuersys- tem durch Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Konsum	93
1.3 Rechtfertigung von Sozialzwecknormen	104
1.4 Rechtfertigung von Vereinfachungszwecknormen	106
2. Gesetzmäßigkeit der Besteuerung	107
2.1 Bedeutung und Herkunft des steuerrechtlichen Legalitätsprinzips	107
2.2 Rechtsgrundlagen des steuerrechtlichen Legalitätsprinzips	108
2.3 Inhalt und Grenzen des steuerrechtlichen Legalitätsprinzips	109
2.4 Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns	110
2.5 Gebot der Normenklarheit und -bestimmtheit	113
2.6 Rechtssicherheit durch Vertrauensschutz	114
2.6.1 Prinzipielles Verbot rückwirkender Steuergesetze	114
2.6.2 Dispositionsbezogenes Rückwirkungsverbot bei der Änderung von Steuergesetzen	118
2.6.3 Rückwirkende Gesetzesanwendung	120
3. Sozialstaatlich gerechte Besteuerung	122
4. Verfassungsrechtliche Schranken der Besteuerung	123

	Seite
4.1 Beschränkung der Besteuerung durch den Schutz der Menschenwürde und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	123
4.1.1 Bedeutung der Art. 1; 2; 4 GG für das Steuerrecht	123
4.1.2 Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung durch das Steuergeheimnis	125
4.2 Beschränkung der Besteuerung durch das Übermaßverbot	127
4.2.1 Rechtsstaatlicher und grundrechtlicher Inhalt des Übermaßverbots	127
4.2.2 Das Verbot der Erdrosselungssteuer	128
4.3 Das Prinzip eigentumsschonender Besteuerung	129
5. Besteuerung der Familie	133
 § 5 Rechtsanwendung im Steuerrecht 	
A. Rechtsnormen des Steuerrechts	139
1. Förmliche Gesetze	139
2. Rechtsverordnungen	140
3. Autonome Satzungen	141
4. Gewohnheitsrecht	142
5. Völkerrecht und Europarecht	142
6. Keine Rechtsnormen	143
6.1 Verwaltungsvorschriften	143
6.2 Entscheidungen der Steuergerichte	146
B. Methoden der Rechtsanwendung	147
1. Anwendung des Gesetzes nach seinem Zweck (teleologische Gesetzesinter- pretation)	148
2. Verbale Gesetzesauslegung (Subsumtion, Wortsinn und Rechtsbegriffe)	150
3. Ausfüllung von Gesetzeslücken durch Argumente der juristischen Logik	152
4. Historische Methode zur Ermittlung des Gesetzeszwecks	155
5. Systematische Methode zur Ermittlung des Gesetzeszwecks	156
6. Verfassungskonforme Gesetzesinterpretation	156
7. Richtlinienkonforme Gesetzesinterpretation	157
8. Wirtschaftliche Interpretation der Steuergesetze (wirtschaftliche Betrachtungs- weise)	157
C. Steuergesetzliche Vorschriften zur wirtschaftlichen Betrachtungsweise	159
1. Wirtschaftliche Betrachtungsweise bei Divergenz zwischen wirtschaftlichem Verhalten und juristischem Zustand (§ 41 AO)	159
1.1 Unwirksame (nichtige) Rechtsgeschäfte	160
1.2 Ergänzende Ableitungen	161
2. Wirtschaftliche Betrachtungsweise bei gesetzwidrigem oder sittenwidrigem Verhalten (§ 40 AO)	161
3. Wirtschaftliche Betrachtungsweise bei Gestaltungsmissbrauch (§ 42 AO)	162
3.1 Zweck und Anwendungsbereich des § 42 AO	163
3.2 Tatbestand des Gestaltungsmissbrauchs	166
3.3 Rechtsfolge	167

4. Wirtschaftliche Zurechnung statt Maßgeblichkeit der zivilrechtlichen Berechtigung (§ 39 AO)	167
D. Ermessensausübung (§ 5 AO)	169

Zweites Kapitel: Das Steuerrechtsverhältnis

§ 6 Grundbegriffe des Steuerrechtsverhältnisses

1. Inhalt des Steuerrechtsverhältnisses	173
2. Beteiligte des Steuerrechtsverhältnisses	173
3. Die Steuerrechtsfähigkeit	174

§ 7 Allgemeines Steuerschuldrecht

1. Inhalt des Steuerschuldverhältnisses	177
2. Entstehung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	177
3. Gläubiger- und Schuldnerwechsel, Verpfändung, Pfändung	177
3.1 Vorgänge kraft Gesetzes	177
3.2 Vorgänge kraft Rechtsgeschäft, Pfändung	178
4. Erlöschen	179
5. Steueranspruch und Steuerschuld	179
5.1 Steuergläubiger und Steuerschuldner	179
5.2 Entstehung des Steueranspruchs	180
5.3 Der Entstehungstatbestand des Steueranspruchs (Steuertatbestand)	181
5.3.1 Das Steuersubjekt	182
5.3.2 Das Steuerobjekt	183
5.3.3 Die Zurechnung	184
5.3.4 Die abstrakten Merkmale des inländischen Steuerschuldverhältnisses	184
5.3.5 Die Steuerbemessungsgrundlage	185
5.3.6 Der Steuersatz	185
5.3.7 Die Steuervergünstigungen	186
5.4 Konkurrenz der Steuertatbestände oder Steueransprüche	187
6. Die Gesamtschuldnerschaft	188
7. Der Haftungsanspruch	188
7.1 Allgemeines	188
7.2 Haftungstatbestände	189
7.3 Haftungsumfang	192
7.4 Akzessorietät der Haftung	192
7.5 Legalitätsprinzip oder Opportunitätsprinzip	193
7.6 Subsidiarität der Haftung	193
8. Der Steuervergütungsanspruch	193
9. Der Steuererstattungsanspruch	194

§ 8 Einführung in das besondere Steuerschuldrecht

1. Grundsätze der Gestaltung von Steuerarten	197
2. Steueraufkommen, Steuerquote und Steuerarten in Deutschland	202
3. Steuern auf das Einkommen und Vermögen	205

3.1 Steuern auf das Erwerbseinkommen	205
3.2 Besteuerung des Vermögenstransfers durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer	209
3.3 Besteuerung des Vermögensbestandes durch Substanzsteuern	210
3.4 Reform der Besteuerung von Einkommen	211
4. Steuern auf die Verwendung von Einkommen und Vermögen	222
5. Besondere Sozialzwecksteuern	224
5.1 Zölle und Abschöpfungen	224
5.2 Umweltsteuern	225

Drittes Kapitel: Die einzelnen Steuerarten

§ 9 Einkommensteuer

A. Allgemeine Charakterisierung	234
B. Steuerpflicht	237
1. Natürliche Personen als Steuersubjekte	237
2. Internationale Abgrenzung der Steuerpflicht durch die unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	238
C. Objekt und Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer	241
1. Grundelemente des § 2 EStG	241
1.1 Bedeutung des § 2 EStG für den Einkommensteuertatbestand	241
1.2 Disponibles Einkommen als Maßstab objektiver und subjektiver Leistungsfähigkeit	242
1.3 Periodizität der Einkommensteuer und Jahressteuerprinzip (§ 2 VII EStG)	243
1.4 Periodischer Entstehungszeitpunkt der Einkommensteuer	244
2. Das Einkommensteuerobjekt: Summe der Einkünfte (§ 2 I-III EStG)	244
2.1 Zur rechtlichen Bestimmung des Steuerguts „Einkommen“	244
2.1.1 Das Einkommen als zentraler Begriff des öffentlichen Schuldrechts	244
2.1.2 Reinvermögenszugangs-, Quellen- und Markteinkommenstheorie	245
2.1.3 Pragmatische Legaldefinition des Einkommens durch den Einkünfte-katalog	246
2.2 Bestimmung der Einkünfte nach dem objektiven Nettoprinzip	247
2.3 Ermittlung der Einkünfte nach dem Nominalwertprinzip	248
2.4 Zeitliche Zuordnung der Einkünfte	249
2.5 Verluste	250
2.5.1 Verlustausgleich und Verlustabzug (Verlustrücktrag/-vortrag)	250
2.5.2 Beschränkungen des Verlustausgleichs und Verlustabzugs	252
3. Die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer: Das zu versteuernde Einkommen i.S.d. § 2 V EStG	255
3.1 Private Abzüge i.S.d. § 2 IV, V EStG	255
3.1.1 Berücksichtigung unvermeidbarer Privataufwendungen nach dem subjektiven Nettoprinzip	255
3.1.2 Berücksichtigung des existenznotwendigen Lebensbedarfs	260
3.1.3 Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen; Reform der Familienbesteuerung	262

3.2 Tatbestandstechnischer Aufbau des zu versteuernden Einkommens	Seite 269
D. Bestimmung steuerpflichtiger Einkünfte	270
1. Einführung	270
2. Steuerbare Einkünfte	270
3. Steuerfreie Einkünfte	277
3.1 Objektive Befreiungen	277
3.2 Freibeträge/Freigrenzen	280
E. Die persönliche Zurechnung von Einkünften	282
1. Allgemeine Zurechnungsregeln	282
2. Konkretisierung der Zurechnungsregeln bei einzelnen Einkunftsarten	283
3. Zurechnung von Einkünften unter Familienangehörigen	286
4. Zurechnung von Einkünften im Erbfall	289
F. Ermittlung der Einkünfte	289
I. Unterschiedliche Ermittlung der Einkünfte	289
1. Einführung	289
2. Der Dualismus der Einkünftermittlung	290
II. System der Einkünftermittlung	292
1. Typen der Einkünftermittlung	292
1.1 Ermittlung der Einkünfte durch Bilanzierung	292
1.2 Überschussrechnungen nach dem Zufluss- und dem Abflussprinzip (§§ 4 III; 8 ff.; 11 EStG)	293
1.3 Ergänzende Ermittlung von Veräußerungseinkünften (§§ 16; 17; 23 EStG)	294
1.4 Privilegierende Einkünftermittlungen	296
1.5 Personelle Zuordnung der Gewinnermittlungsarten	297
1.6 Schätzung	298
2. Grundbegriffe der Einkünftermittlung	298
2.1 Das terminologische System der Erwerbsbezüge und Erwerbsaufwendungen ..	298
2.1.1 Die Abgrenzung der Erwerbssphäre zur Privatsphäre	299
2.1.2 Die persönliche Zurechnung von Erwerbsbezügen, Erwerbsaufwendungen und von sog. Drittaufwand	304
2.1.3 Die zeitliche Zuordnung von Erwerbsbezügen und Erwerbs- aufwendungen	306
2.1.4 Zusammenfassung	306
2.2 Abgrenzung der Betriebsausgaben/Werbungskosten zu den Privatausgaben ...	308
2.2.1 Inhaltsgleiche Interpretation des Betriebsausgaben- und des Werbungs- kostenbegriffs nach dem Veranlassungsprinzip	308
2.2.2 Gemischt veranlasste Aufwendungen	312
2.2.2.1 Bedeutung des § 12 EStG	312
2.2.2.2 Zur Bestimmung wesentlicher Veranlassung durch Erwerbs- handlungen und/oder Privathandlungen	313
2.3 Praktisch besonders bedeutsame Erwerbsaufwendungen	316
2.4 Nichtabziehbare Erwerbsaufwendungen	329
2.4.1 Allgemeine Regeln	329

2.4.2 Besondere Regeln für privat mitveranlasste Erwerbsaufwendungen	330
2.4.3 Besondere Regeln zum Schutz der Gesamtrechtsordnung	331
2.5 Pauschalierung von Erwerbsaufwendungen	332
2.6 Aufwendungsfiktionen	333
III. Ermittlung der Überschusseinkünfte (§§ 8–9a EStG)	334
G. Die einzelnen Einkunftsarten	339
I. Einführung in das Einkunftsartenrecht	339
II. Gewinneinkünfte (§ 2 II 1 Nr. 1 EStG)	341
1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (§§ 13–14a EStG)	341
1.1 Bestimmung und Privilegierung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	341
1.2 Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (§ 13a EStG)	343
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§ 15; 16 EStG)	344
2.1 Allgemeine Begriffsbestimmung	344
2.2 Überblick über die Arten der gewerblichen Einkünfte	346
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18 EStG)	347
III. Überschusseinkünfte (§ 2 II 1 Nr. 2 EStG)	350
1. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§§ 19; 19a EStG)	350
2. Einkünfte aus Kapitalvermögen mit Abgeltungsteuer (§§ 20; 32d; 43 V 1 EStG)	357
3. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG)	367
4. Wiederkehrende Bezüge (§ 22 Nrn. 1–1c EStG)	371
5. Abgeordnetenbezüge (§ 22 Nr. 4 EStG)	374
6. Einkünfte aus sonstigen Leistungen (§ 22 Nr. 3 EStG)	375
7. Einkünfte aus der Veräußerung von Privatvermögen	376
7.1 Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften (§ 17 EStG)	377
7.2 Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften (§§ 22 Nr. 2; 23 EStG)	379
7.3 Zur gleichmäßigen Besteuerung von Veräußerungseinkünften	380
8. Alterseinkünfte	382
IV. Gemeinsame Vorschriften zu allen Einkunftsarten	386
V. Konkurrenzen mehrerer Einkunftsarten	387
H. Private Abzüge	388
1. Allgemeines zu den privaten Abzügen	388
2. Abzugsfähigkeit sog. Sonderausgaben	390
3. Außergewöhnliche Belastungen (§§ 33; 33a; 33b; 33c EStG)	392
4. Unterhaltsabzüge	395
4.1 Allgemeiner Unterhaltsabzug (§ 33a I EStG)	395
4.2 Unterhalt für Kinder	397
4.2.1 Allgemeine Voraussetzungen (§ 32 I–V EStG)	398
4.2.2 Familienleistungsausgleich (§ 31; 32 VI EStG)	399
4.2.3 Zusätzliche Abzüge für den Kindesunterhalt	400
J. Einkommensteuertarif	401
1. Der linear-progressive Tarif	401

	Seite
2. Steuerermäßigungen	405
2.1 Überblick	405
2.1.1 Fiskalzweckermäßigungen	405
2.1.2 Sozialzweckermäßigungen	406
2.2 Steuerermäßigungen für außerordentliche Einkünfte (§§ 34; 34b EStG)	407
2.3 Begünstigung nicht entnommener Gewinne (§ 34a EStG)	409
2.4 Steuerermäßigung bei Auslandseinkünften (§§ 34c; 34d EStG)	411
2.5 Pauschale Anrechnung der Gewerbesteuer (§ 35 EStG)	411
3. Veranlagung von Ehegatten	412
K. Zum Verfahren	414
§ 10 Kirchensteuer	417
§ 11 Körperschaftsteuer	
A. Allgemeine Charakterisierung	423
I. Dualismus der Unternehmensbesteuerung durch Nebeneinander von Trennungs- und Transparenzprinzip	423
II. Bedeutung der Körperschaftsteuer nach den Unternehmensteuerreformen 2008	424
III. Körperschaftsteuersystem	424
1. Vermeidung wirtschaftlicher Doppelbelastung	424
2. Frühere Körperschaftsteuersysteme in Deutschland	426
3. Seit 2001: Klassisches System mit pauschaler Entlastung auf Anteilseignerebene ...	427
3.1 Grundstruktur	427
3.2 Gründe für den Systemwechsel vom Anrechnungsverfahren zu einem klassischen System mit Teilentlastung	429
3.3 Bewertung der Belastungswirkungen beim Anteilseigner	430
B. Subjektive Steuerpflicht	432
1. Körperschaftsteuersubjekte i.S.d. §§ 1 I Nrn. 1–6; 3 KStG	432
2. Beginn und Ende der Körperschaftsteuerpflicht	434
3. Juristische Personen des Öffentlichen Rechts (Öffentliche Unternehmen)	434
4. Unbeschränkte und beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	437
5. Subjektive Steuerbefreiungen	438
C. Steuerobjekt	439
I. Einkommen als Steuerobjekt, zu versteuerndes Einkommen als Bemessungsgrundlage	439
II. Ermittlung des Einkommens	440
1. Allgemeines	440
2. Objektive Steuerbefreiungen, insb. Steuerfreiheit von Beteiligungserträgen (§ 8b KStG)	440

3. Unterscheidung zwischen betrieblichen und außerbetrieblichen Vermögensmehrungen und -minderungen	443
3.1 Abgrenzung von Betriebsausgaben, Gewinnausschüttungen und betriebsfremden Aufwendungen	443
3.2 Kapitalerhöhungen und Gesellschaftereinlagen, Einlagenrückgewähr	443
4. Besondere Vorschriften über den Abzug von Aufwendungen	444
4.1 Abziehbare und nicht abziehbare Aufwendungen nach §§ 9; 10 KStG	444
4.2 Beschränkung des Abzugs von Finanzierungsaufwand im Konzern (Zinsschranke, § 4h EStG; § 8a I KStG) und Gesellschafterfremdfinanzierung (§ 8a II, III KStG)	446
5. Verlustausgleich und Verlustabzug	450
6. Freibeträge	452
7. Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen	452
7.1 Verdeckte Gewinnausschüttungen	452
7.1.1 Voraussetzungen der verdeckten Gewinnausschüttung	453
7.1.2 Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	460
7.2 Verdeckte Einlagen	462
8. Besondere Fälle der Gewinnrealisierung und ihres Aufschubs	464
8.1 Liquidation (§ 11 KStG)	464
8.2 Ausschluss oder Beschränkung des Besteuerungsrechts, insb. Sitzverlegung (§ 12 KStG)	464
8.3 Eintritt in eine subjektive Steuerbefreiung (§ 13 KStG)	465
D. Tarif	466

§ 12 Gewerbesteuer

1. Einführung	467
2. Steuerobjekt	470
2.1 Stehender Gewerbebetrieb	470
2.2 Reisegewerbebetrieb	473
2.3 Mehrheit von Gewerbebetrieben	473
2.4 Beginn und Ende der Besteuerung	474
3. Steuersubjekte	475
4. Bemessungsgrundlage	475
4.1 Bemessungszeitraum	475
4.2 Gewerbeertrag (§ 7 GewStG)	475
4.2.1 Allgemeine Modifikationen	476
4.2.2 Hinzurechnungen (§ 8 GewStG)	478
4.2.3 Kürzungen (§ 9 GewStG)	482
4.3 Verlustabzug nach § 10a GewStG	484
4.4 Steuermessbetrag (§ 11 GewStG)	485
4.4.1 Freibeträge	485
4.4.2 Steuermesszahlen	485
4.4.3 Verfahren	486
5. Zerlegung des einheitlichen Steuermessbetrages	486
6. Entstehung, Festsetzung und Erhebung	486
6.1 Entstehung der Steuerschuld	486

	Seite
6.2 Festsetzung der Gewerbesteuer	486
6.3 Vorauszahlungen und Abrechnung	487
7. Steuererklärungen	487
 § 13 Bewertungsgesetzabhängige Steuerarten 	
A. Bewertung nach dem Bewertungsgesetz	489
1. Rechtsentwicklung und Zweck des BewG	489
1.1 Bisherige Idee der Einheitsbewertung	489
1.2 Scheitern der Einheitsbewertung und Gebot der realitätsgerechten Wertrelation	490
1.3 Verbleibende Funktion des BewG als Mantelgesetz	491
1.4 Spannungsverhältnis Verkehrswert/Ertragswert	492
2. Residuale Geltung sog. Einheitswerte für die Grundsteuer	493
2.1 Bewertungsverfahren	493
2.2 Einheitswert land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (§§ 19 I, 33–67 BewG) ..	494
2.3 Einheitswert von Grundstücken (§§ 19 I, 68–94, 99 BewG)	494
2.4 Besonderheiten in den „neuen“ Bundesländern	496
3. Gesonderte Bedarfsbewertung für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer/ Grunderwerbsteuer	497
3.1 Grundgedanke der Bedarfsbewertung, Bewertungsverfahren	498
3.2 Verkehrswert als leitender Bewertungsmaßstab	498
3.3 Bewertung des Grundvermögens und der Betriebsgrundstücke nach der Erb- schaftsteuerreform	499
3.3.1 Unbebaute Grundstücke	499
3.3.2 Mietwohn- und Geschäftsgrundstücke	500
3.3.3 Ein- und Zweifamilienhäuser, Wohn- und Teileigentum	501
3.3.4 Sachwertverfahren als Auffang-Bewertungsmethode	501
3.3.5 Erbbaurechte/Gebäude auf fremdem Grund und Boden	502
3.3.6 Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts	502
3.4 Bewertung land- und forstwirtschaftlichen Vermögens (§§ 158–175 BewG) ..	502
3.5 Bewertung des Betriebsvermögens (§§ 95–109 BewG)	503
3.5.1 Ansatz und Zurechnung des Betriebsvermögens	504
3.5.2 Verwerfung des Steuerbilanzwertansatzes durch das BVerfG	504
3.6 Bewertung sonstigen Vermögens	507
3.6.1 Geldvermögen, Wertpapiere, Kapitalforderungen, Schulden u.Ä.	507
3.6.2 Anteile an nichtnotierten Kapitalgesellschaften	507
 B. Erbschaft- und Schenkungsteuer	 508
1. Einführung	508
1.1 Erneute Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer	508
1.2 Rechtfertigung und Charakter der Erbschaft- und Schenkungsteuer	510
2. Steuerobjekt	511
2.1 Erwerb von Todes wegen (§§ 1 I Nr. 1; 3 ErbStG)	511
2.1.1 Erwerb durch Erbanfall (§ 3 I Nrn. 1, 3 ErbStG)	511
2.1.2 Erwerb auf Grund von Vermächtnis oder Pflichtteil	513
2.1.3 Erwerb durch Schenkung auf den Todesfall (§ 3 I Nr. 2 ErbStG)	514

	Seite
2.1.4 Erwerb durch Vertrag zu Gunsten Dritter auf den Todesfall (§ 3 I Nr. 4 ErbStG)	514
2.1.5 Erweiterung um Ergänzungs- und Ersatztatbestände (§ 3 II ErbStG)	515
2.2 Schenkung unter Lebenden (§§ 1 I Nr. 2; 7 ErbStG)	516
2.2.1 Grundtatbestand der freigebigen Zuwendung unter Lebenden (§ 7 I Nr. 1 ErbStG)	516
2.2.2 Gemischte Schenkung/Schenkungen unter Auflage	518
2.2.3 Mittelbare Schenkung	519
2.2.4 Erweiterung um Ergänzungs- und Ersatztatbestände (§ 7 I Nrn. 2–10, V–VII ErbStG)	520
2.3 Zweckzuwendung (§§ 1 I Nr. 3; 8 ErbStG)	520
2.4 Ersatzerbschaftsteuer bei Familienstiftungen und -vereinen (§ 1 I Nr. 4 ErbStG)	521
3. Subjektive Steuerpflicht	522
3.1 Steuersubjekte	522
3.1.1 Kreis der Steuerschuldner (§ 20 I ErbStG)	522
3.1.2 Steuersubjektivität von Gesellschaften	522
3.2 Steuerschuldnerschaft und spezielle Haftungstatbestände	523
3.3 Internationale Abgrenzung der Steuerpflicht/Gemeinschaftsrecht	523
4. Steuerbefreiungen	526
4.1 Persönliche Freibeträge (§ 16 i.V.m. § 15 ErbStG)	526
4.2 Besonderer Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG)	528
4.3 Sachliche Steuerbefreiungen	529
4.3.1 Verschonungsabschlag/Abzugsbetrag für Unternehmensvermögen (§§ 13a, b ErbStG)	529
4.3.2 Verschonungsabschlag für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke (§ 13c ErbStG)	534
4.3.3 Ehebedingte (unbenannte) Zuwendung unter Ehegatten (§ 13 I Nr. 4a ErbStG)	535
4.3.4 Sonstige sachliche Steuerbefreiungen	536
5. Steuerbemessungsgrundlage	537
6. Entstehung der Steuer, Bewertungsstichtag	539
7. Tarif	540
8. Besonderheiten des Verfahrens	543
8.1 Anzeigepflichten	543
8.2 Steuererklärungspflichten	545
8.3 Kontrollmitteilungen	546
C. Grundsteuer	546
1. Einführung	547
1.1 Charakter der Steuer	547
1.2 Rechtfertigung der Steuer	547
2. Steuerobjekt (§ 2 GrStG)	549
3. Steuerbefreiungen (§§ 3–8 GrStG)	549
4. Steuersubjekt (§ 10 GrStG), Haftung	550
5. Steuermessbetrag (§ 13 GrStG)	551
5.1 Bemessungsgrundlage	551
5.2 Steuermesszahl	552

6. Hebesatzrecht der Gemeinden	553
7. Periodizität, Besteuerungsverfahren	553
8. Besondere Billigkeitsmaßnahmen (§§ 32–34 GrStG)	554
9. Sondervorschriften für die „neuen“ Bundesländer	555

§ 14 Umsatzsteuer

A. Charakterisierung und Rechtsgrundlagen der Umsatzsteuer	557
1. Die Umsatzsteuer als Verbrauchsteuer	557
2. Die Umsatzsteuer als „Mehrwertsteuer“ mit Vorsteuerabzug	559
3. Verhältnis des nationalen Umsatzsteuerrechts zum Gemeinschaftsrecht	562
B. Steuerobjekt	568
1. Entgeltliche Leistungen von Unternehmern im Inland (§ 1 I Nr. 1 UStG)	568
1.1 Leistungen (Lieferungen und sonstige Leistungen)	568
1.1.1 Lieferungen	571
1.1.1.1 Begriff, Grundformen	571
1.1.1.2 Sonderregeln	573
1.1.1.3 Rücklieferung und Rückgabe	574
1.1.2 Sonstige Leistungen	575
1.1.3 Regeln für gemischte Leistungen	576
1.1.4 Sonderbestimmungen über den Leistungsgegenstand kraft wirtschaftlicher Betrachtungsweise	578
1.2 Entgeltliche Leistung, Leistungsaustausch, Tausch	579
1.2.1 Grundsätzliches zum Leistungsaustausch	579
1.2.2 Tauschumsätze	581
1.2.3 Einzelfälle zum Leistungsaustausch	582
1.2.3.1 Erbschaft/Erbaueinandersetzung/vorweggenommene Erbfolge ..	582
1.2.3.2 Schadensersatz und Vertragsstrafe	583
1.2.3.3 Mitgliedsbeiträge an Vereine	586
1.2.3.4 Gesellschafterbeiträge	587
1.2.3.5 Zuschüsse	589
1.3 Leistungen von Unternehmern im Rahmen des Unternehmens	590
1.4 Ort der Leistung, insb. Leistungen im Inland oder Ausland	591
1.4.1 Inland/Ausland/Gemeinschaftsgebiet/Drittland	591
1.4.2 Ort der Lieferung	592
1.4.3 Ort der sonstigen Leistung	595
1.4.4 Ort des innergemeinschaftlichen Erwerbs	602
2. Unentgeltliche Wertabgaben aus dem Unternehmen	602
2.1 Wertabgaben und Vorsteuerabzug	602
2.2 Unentgeltliche Wertabgaben von Liefergegenständen	605
2.2.1 Gegenstandsentnahme	605
2.2.2 Unentgeltliche Sachzuwendungen an Arbeitnehmer	608
2.2.3 Unentgeltliche Sachzuwendungen aus unternehmerischem Anlass	610
2.3 Unentgeltliche Wertabgaben durch Leistungsentnahme und unentgeltliche sonstige Leistungen	611

	Seite
2.4 Ort der unentgeltlichen Wertabgaben	611
3. Einfuhr (§ 1 I Nr. 4 UStG)	612
4. Innergemeinschaftlicher Erwerb (§ 1 I Nr. 5 UStG)	613
5. Nichtsteuerbarkeit der Geschäftsveräußerung	613
C. Steuerbefreiungen	615
1. Objektive Steuerbefreiungen (Inlandssachverhalte)	615
1.1 Begünstigter der Befreiungen	615
1.2 Grundstücksüberlassungen	616
1.3 Heilberufliche, soziale und kulturelle Leistungen	619
1.4 Umsätze des Geld- und Kreditverkehrs	621
1.5 Befreiungen wegen Konkurrenz zu besonderen Verkehrsteuern	623
1.6 Ausschluss des Vorsteuerabzuges und Option	624
1.7 Befreiung nach § 4 Nr. 28 UStG	624
2. Steuerbefreiungen (Auslandsberührung)	625
2.1 Ausfuhrumsätze	625
2.2 Innergemeinschaftlich befreite Umsätze	626
2.3 Befreiung der Einfuhr, vorgelagerter inländischer Leistungen und des Erwerbs ..	626
D. Sonderregelungen für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt	627
1. Grundlagen und Grundfragen	628
1.1 Bestimmungslandprinzip versus Ursprungslandprinzip	628
1.2 Wettbewerbsneutralität, Grundfreiheiten und Prinzipien der Ausgestaltung der Umsatzsteuer im Binnenmarkt	631
1.3 Grundzüge der gegenwärtigen Regelung	633
2. Kommerzieller innergemeinschaftlicher Handel	634
2.1 Befreiung der innergemeinschaftlichen Lieferung	634
2.2 Besteuerung des innergemeinschaftlichen Erwerbs	635
2.3 Innergemeinschaftliche Reihen- und Dreiecksgeschäfte	637
2.4 Sonstige Leistungen im Binnenmarkt	639
3. Nichtkommerzieller innergemeinschaftlicher Handel	640
3.1 Versandungslieferungen an Nichtunternehmer	641
3.2 Abholllieferungen	642
3.3 Lieferung und Erwerb neuer Fahrzeuge	642
4. Das innergemeinschaftliche Kontrollverfahren	642
5. Zukünftige Weiterentwicklung	643
E. Steuersubjekte und Steuerschuldner	644
1. Unternehmer als Steuersubjekte	644
1.1 Nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen	648
1.2 Selbständige Tätigkeit	650
1.3 Unternehmenseinheit; keine Unternehmereinheit	652
2. Ausnahmen: Nichtunternehmer als Steuersubjekte und Steuerschuldner	652

	Seite
F. Bemessungsgrundlage (§ 10 UStG) und Steuersatz (§ 12 UStG)	652
1. Entgelt beim Leistungsaustausch	652
2. Tauschgeschäfte	653
3. Unentgeltliche Wertabgaben	654
4. Mindestbemessungsgrundlage	655
5. Erwerb und Einfuhr	656
6. Umsatzsteuer und Bemessungsgrundlage	656
7. Änderung der Bemessungsgrundlage	656
8. Differenz(Margen)besteuerung	657
9. Steuersätze	658
G. Vorsteuerabzug	660
1. Grundsatz des Vorsteuerabzugs	660
1.1 Vorsteuerabzug für Unternehmer	660
1.2 Leistung von einem anderen Unternehmer	661
1.3 Leistung/Einfuhr für das Unternehmen	662
1.4 Rechnung und Rechnungserfordernisse, namentlich offener Steuerausweis	669
1.5 Vorsteuerabzug aus der Mindestbemessungsgrundlage	671
1.6 Bekämpfung missbräuchlichen Vorsteuerabzugs, Umsatzbetrugs und von Umsatzsteuerausfällen	671
2. Ausschluss des Vorsteuerabzugs für Unternehmer	676
2.1 Vorsteuerauschluss für Repräsentationsaufwendungen und Reisekosten	676
2.2 Ausschluss des Vorsteuerabzugs bei steuerfreien Umsätzen	677
2.3 Zurechnung der Vorsteuern zu Ausgangsumsätzen	679
3. Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG)	684
4. Vorsteuerabzug bei Verzicht auf die Steuerbefreiung	687
H. Zum Verfahren	688
J. Sonderregelungen	690
1. Kleinunternehmer (§ 19 UStG)	690
2. Besteuerung der Land- und Forstwirte	691
§ 15 Spezielle Verkehrsteuern	
A. Grunderwerbsteuer	693
1. Steuerobjekt	696
1.1 Eigentumswechsel an inländischem Grundstück (§ 1 I GrEStG)	697
1.1.1 Eigentumserwerb und schuldrechtlicher Vertrag	697
1.1.2 Kaufverträge und andere schuldrechtliche Verträge (§ 1 I Nr. 1 GrEStG)	697
1.1.3 Die Auflassung (§ 1 I Nr. 2 GrEStG)	700
1.1.4 Der Eigentumserwerb (§ 1 I Nr. 3 GrEStG)	700
1.1.5 Das Meistgebot (§ 1 I Nr. 4 GrEStG)	702
1.1.6 Abtretung von Übereignungsansprüchen und Rechten aus Kaufangeboten	702
1.2 Übergang der Verwertungsbefugnis	702
1.3 Änderung im Gesellschafterbestand einer Personengesellschaft (§ 1 IIa GrEStG)	704

	Seite
1.4 Anteilsvereinigung	706
1.5 Grundstück	708
2. Befreiungen	709
3. Steuersubjekte	710
4. Bemessungsgrundlage und Steuersatz	713
4.1 Bemessungsgrundlage	713
4.2 Steuersatz und Steuerschuld	715
B. Versicherungsteuer	716
C. Feuerschutzsteuer	718
D. Rennwett- und Lotteriesteuer	719
E. Kraftfahrzeugsteuer	721

§ 16 Spezielle Verbrauch- und Aufwandsteuern

1. Überblick	729
2. Steuerschuldner	731
3. Steuerobjekte	732
4. Steuerbemessungsgrundlage	740
5. Steuerentstehung	740
6. Verfahren	741

Viertes Kapitel: Bilanz- und Unternehmensteuerrecht

§ 17 Steuerrechtliche Gewinnermittlung (Bilanzsteuerrecht)

A. Überblick über das System betrieblicher Gewinnermittlung	743
I. Gewinnermittlungsarten	743
II. Subjektiver Anwendungsbereich der Gewinnermittlungsarten	743
B. Betriebsvermögensvergleich nach §§ 4 I; 5 I EStG	745
I. Gewinn i.S.d. § 4 I 1 EStG	745
II. Bestandteile des Betriebsvermögensvergleichs	746
1. Bilanz	746
2. Gewinn- und Verlustrechnung	747
3. Technik der Bilanzierung und doppelten Buchführung	747
4. Bilanzberichtigung und Bilanzänderung	750
III. Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (§ 5 I 1 EStG)	751
1. Prinzipielle Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	751
1.1 Inhalt des Maßgeblichkeitsprinzips	752
1.2 Rechtfertigung des Maßgeblichkeitsprinzips	753
1.3 Zukunft des Maßgeblichkeitsprinzips	755
2. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung	759
2.1 Rechtsnatur	759

	Seite
2.2 Formelle Grundsätze	760
2.3 Materielle Grundsätze	761
2.3.1 Prinzip der Wahrheit und Vollständigkeit	761
2.3.2 Prinzip der Bilanzidentität und Bilanzkontinuität	761
2.3.3 Vorsichtsprinzip	762
2.3.4 True and Fair View	763
2.3.5 Nominalwertprinzip	764
2.3.6 Stichtagsprinzip	764
3. Grenzen der Maßgeblichkeit handelsrechtlicher Bilanzierungsregeln für das Steuerrecht	765
3.1 Vorrang steuerrechtlicher Ansatz- und Bewertungsvorschriften (§§ 4 I 8; 5 VI EStG)	765
3.2 Handelsrechtliche Wahlrechte	766
IV. Ansatz von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens und sonstigen Bilanzposten (Bilanzierung dem Grunde nach)	767
1. Der steuerrechtliche Begriff des Wirtschaftsguts	767
1.1 Vermögensgegenstand – Wirtschaftsgut	768
1.2 Besonderheiten einzelner Wirtschaftsgüter	769
1.2.1 Immaterielle Wirtschaftsgüter	769
1.2.2 Grundstücke und Gebäude	771
1.3 Subjektive Zurechnung von Wirtschaftsgütern	771
2. Passivierung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen	773
2.1 Voraussetzungen der Passivierung	773
2.2 Verbindlichkeiten	774
2.3 Rückstellungen	774
3. Rechnungsabgrenzungsposten	778
4. Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen	778
V. Bewertung von Wirtschaftsgütern und sonstigen Bilanzposten (Bilanzierung der Höhe nach)	781
1. Wertbegriffe des § 6 EStG	781
1.1 Anschaffungskosten (§ 6 I Nr. 1 S. 1, Nr. 2 S. 1 EStG)	781
1.2 Herstellungskosten (§ 6 I Nr. 1 S. 1, Nr. 1a, Nr. 2 S. 1 EStG)	783
1.3 Teilwert (§ 6 I Nr. 1 S. 2 u. 3, Nr. 2 S. 2, Nr. 4, 5, 7 EStG)	784
1.4 Gemeiner Wert (§ 6 IV, VI 1 EStG)	785
1.5 Buchwert (§ 6 III 1, V 1 EStG)	785
2. Bewertung einzelner Wirtschaftsgüter	786
3. Abschreibungen und Zuschreibungen	788
3.1 Absetzung für Abnutzung (AfA) und Substanzverringerung (AfS)	789
3.2 Teilwertabschreibungen und Wertaufholungen	792
3.3 Bewertungsfreiheiten	793
3.4 Subjektive Abschreibungsberechtigung	793
VI. Entnahmen und Einlagen	794
1. Entnahme- und Einlagefähigkeit von Wirtschaftsgütern, Nutzungen und Leistungen	794
2. Bewertung von Entnahmen und Einlagen	796

	Seite
VII. Gewinn- und Verlustrealisierung	797
1. Prinzipien der Gewinn- und Verlustrealisierung	798
2. Gewinnrealisierung bei entgeltlicher Leistung	799
3. Entstehung stiller Reserven	801
4. Aufschub der Besteuerung stiller Reserven	801
5. Übergang stiller Reserven auf andere Steuerrechtssubjekte	803
6. Besteuerung stiller Reserven ohne Realisationsakt als ultima ratio	806
6.1 Entstrickungsprinzip	806
6.2 Gesetzliche Ersatzrealisationstatbestände	807
6.2.1 Entnahme i.S.d. § 4 I 2 EStG	807
6.2.2 Betriebsaufgabe als Totalentnahme (§§ 14; 14a III; 16 III; 18 III EStG) ..	808
6.2.3 Ausschluss oder Beschränkung des Besteuerungsrechts der Bundesrepublik Deutschland (§ 4 I 3 EStG)	809
C. Besonderheiten der bilanziellen Gewinnermittlung bei Kapital- gesellschaften	811
1. Gewinnermittlung nach § 5 I EStG	811
2. Formale Besonderheiten	811
3. Besondere Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften	813
D. Vereinfachte Gewinnermittlung durch betriebliche Überschuss- rechnung nach § 4 III EStG	813
1. Persönlicher Anwendungsbereich	813
2. Prinzipien der Gewinnermittlung nach § 4 III EStG	814
3. Betriebseinnahmen und -ausgaben in der Kassenrechnung	815
4. Zeitliche Erfassung von Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben nach dem Zu- und Abflussprinzip (§ 11 EStG)	816
5. Abweichungen vom Zu- und Abflussprinzip	816
6. Aufzeichnungspflichten	817
7. Wechsel der Gewinnermittlungsart	818

§ 18 Unternehmensteuerrecht

A. Dualismus der Unternehmensbesteuerung	819
B. Besteuerung von Mitunternehmerschaften	819
I. Besteuerung der laufenden Einkünfte von Mitunternehmern durch die Einkommensteuer (§§ 15 I 1 Nr. 2, III; 15a; 13 VII; 18 IV 2 EStG)	819
1. Besteuerung der Mitunternehmerschaft nach dem Transparenzprinzip	820
2. Zweistufigkeit der Einkünfte von Mitunternehmern	821
3. Mitunternehmerschaft als Unterfall der Personengesellschaft	822
4. Qualifikation und Zurechnung der Einkünfte von Mitunternehmern	822
4.1 Der Begriff des Mitunternehmers	822
4.1.1 Funktion des Mitunternehmerbegriffs	823
4.1.2 Zivilrechtliche Gesellschafterstellung	823
4.1.3 Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerisiko	824
4.2 Zweistufige Qualifikation der Einkünfte von Mitunternehmern	825

	Seite
4.2.1 Steuerbarkeit der Einkünfte	825
4.2.2 Qualifikation der Einkunftsart	825
4.3 Zurechnung der Einkünfte von Mitunternehmern	826
5. Arten der Mitunternehmerschaft	827
6. Ermittlung der Einkünfte von Mitunternehmern	834
6.1 Zweistufige Ermittlung der Einkünfte von Mitunternehmern	834
6.2 Buchführungspflichten	838
6.3 Einzelheiten zur ersten Stufe der Einkünfteermittlung	838
6.4 Einzelheiten zur zweiten Stufe der Einkünfteermittlung	840
II. Besteuerung von Sondervorgängen durch die Einkommensteuer	844
1. Sonderregeln für die Behandlung stiller Reserven	844
2. Gründung	845
2.1 Sacheinlage	845
2.2 Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils (§ 24 UmwStG)	845
2.3 Beitritt eines neuen Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft; Aufnahme in ein Einzelunternehmen	846
3. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern	846
4. Übertragung von Anteilen an einer Mitunternehmerschaft	847
4.1 Veräußerung	847
4.2 Unentgeltliche Übertragung	848
4.3 Erbfall und vorweggenommene Erbfolge	849
5. Auflösung	849
5.1 Aufgabe des Gewerbebetriebs der Mitunternehmerschaft und Liquidation ...	849
5.2 Realteilung	849
III. Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns (§ 34a EStG)	850
C. Grundsätzliche Unterschiede in der Besteuerung von Personen- unternehmen und Kapitalgesellschaften	851
I. Unterschiede in der laufenden Besteuerung von Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften	853
1. Besteuerungsunterschiede bei einzelnen Steuerarten	853
1.1 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	853
1.2 Gewerbesteuer	856
2. Zusammenfassender Vergleich laufender Besteuerungsunterschiede	857
2.1 Wesentliche Belastungsfaktoren	857
2.2 Bedeutung des Thesaurierungs- und Entnahme-/Ausschüttungsverhaltens ...	858
2.3 Bedeutung der Gewerbesteuer	859
II. Unterschiede in der Besteuerung von Sondervorgängen	859
1. Gründung	860
1.1 Grunderwerbsteuer	860
1.2 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	860
1.3 Gewerbesteuer	860
2. Anteilsveräußerung	861
2.1 Grunderwerbsteuer	861

	Seite
2.2 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	861
2.3 Gewerbesteuer	864
3. Erbfall und Schenkung	865
3.1 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	865
3.2 Gewerbesteuer	865
3.3 Erbschaft- und Schenkungsteuer	866
4. Liquidation	867
4.1 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	867
4.2 Gewerbesteuer	868
D. Besteuerung zusammengesetzter Unternehmensformen	868
I. GmbH & Co. KG	869
1. Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	869
2. Gewerbesteuer	871
II. Betriebsaufspaltung	871
1. Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	872
2. Gewerbesteuer	875
III. GmbH (AG) & Stille Gesellschaft	876
1. Grunderwerbsteuer	877
2. Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer	877
2.1 Atypisch stille Gesellschaft	877
2.2 Typisch stille Gesellschaft	878
3. Gewerbesteuer	879
3.1 Typisch stille Gesellschaft	879
3.2 Atypisch stille Gesellschaft	879
E. Organschaft	880
1. Einführung	881
2. Körperschaftsteuerliche Organschaft	882
2.1 Voraussetzungen	882
2.1.1 Organgesellschaft	882
2.1.2 Organträger	882
2.1.3 Finanzielle Eingliederung	883
2.1.4 Gewinnabführungsvertrag	884
2.2 Rechtsfolgen	884
2.2.1 Grundsätze	884
2.2.2 Besonderheiten	885
2.2.2.1 Verlustausgleichsverbot nach § 14 I 1 Nr. 5 KStG	885
2.2.2.2 Vorvertragliche Rücklagen und Verluste	885
2.2.2.3 Bruttomethode nach § 15 S. 1 Nr. 2 KStG	885
2.2.2.4 Bruttomethode nach § 15 S. 1 Nr. 3 KStG	885
2.2.2.5 Thesaurierungsbegünstigung nach § 34a EStG und Gewerbe- steueranrechnung	886
2.2.2.6 Ausgleichszahlungen nach § 304 AktG	886
2.2.2.7 Mehr- und Minderabführungen nach § 14 III, IV KStG	886

	Seite
3. Gewerbesteuerliche Organschaft	887
3.1 Voraussetzungen	887
3.2 Rechtsfolgen	887
3.2.1 Grundsätze	887
3.2.2 Gesonderte Ermittlung und Zusammenrechnung bereinigter Gewerbe- erträge	888
4. Fortentwicklung	889
F. Umwandlung von Unternehmen	890
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	891
1. Umwandlungsgesetz	891
2. Sonstige Umwandlungsmöglichkeiten	893
II. Steuerrechtliche Folgen	894
1. Einführung	894
2. Umwandlungen im Inland	895
2.1 Vermögensübergang auf eine Personengesellschaft oder eine natürliche Person (§§ 3–10 UmwStG)	895
2.1.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer	895
2.1.2 Gewerbesteuer	896
2.1.3 Grunderwerbsteuer	897
2.2 Vermögensübertragung auf eine andere Körperschaft	897
2.2.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer	897
2.2.2 Gewerbesteuer	898
2.2.3 Grunderwerbsteuer	898
2.3 Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils in eine Kapitalgesellschaft gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen (§§ 20–23; 25 UmwStG)	898
2.3.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer	898
2.3.2 Gewerbesteuer	900
2.3.3 Grunderwerbsteuer	900
2.4 Anteilstausch (§ 21 UmwStG)	900
2.4.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer	900
2.4.2 Gewerbesteuer	900
2.4.3 Grunderwerbsteuer	900
2.5 Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils in eine Personengesellschaft (§ 24 UmwStG)	901
2.5.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer	901
2.5.2 Gewerbesteuer	901
2.5.3 Grunderwerbsteuer	901
2. Grenzüberschreitende und ausländische Umwandlungen	901
G. Internationales und Europäisches Unternehmensteuerrecht	902
I. Grundzüge der Besteuerung grenzüberschreitender Unternehmenstätigkeit ...	902
1. Rechtsformabhängige Zuweisung von Besteuerungsrechten im Internationalen Steuerrecht	902
2. Auslandsinvestitionen von Steuerinländern (Outbound-Sachverhalte)	903

3. Inlandsinvestitionen von Steuerausländern (Inbound-Sachverhalte)	Seite 904
II. Der Einfluss des Europarechts auf die Besteuerung von Unternehmen	904
1. Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung	905
2. Überprüfung des nationalen Unternehmensteuerrechts am Maßstab der Grundfreiheiten durch den EuGH	908
H. Rechtsformneutralität der Unternehmensbesteuerung	911
1. Ursachen fehlender Rechtsformneutralität	912
2. Verfassungs- und europarechtliche Dimension des Gebots der Rechtsformneutralität	912
3. Methoden zur Verwirklichung von Rechtsformneutralität und ihre Umsetzung in der Unternehmensteuerreform 2008	915

Fünftes Kapitel: Steuervergünstigungen

§ 19 Wirtschaftslenkende Steuervergünstigungen

1. Wirtschaftslenkende Steuervergünstigungen und Direktsubventionen	919
2. Gesetze und Förderungszwecke wirtschaftslenkender Steuervergünstigungen und Direktsubventionen	921
3. Techniken wirtschaftslenkender Begünstigung	921
3.1 Entlastung durch wirtschaftslenkende Steuervergünstigungen	922
3.1.1 Arten der Steuervergünstigung	922
3.1.2 Wirkung und Eignung der Steuervergünstigungen	922
3.2 Begünstigung durch Zulagen und Prämien	923
4. Einzelne wirtschaftslenkende Maßnahmen	924
4.1 Eigenheimförderung	924
4.2 Förderung der neuen Länder und Berlins	925
4.3 Investitionsabzug und Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe (§ 7g EStG)	926
5. Rechtfertigung wirtschaftslenkender Normen	927
5.1 Allgemeine Rechtfertigung	927
5.2 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	927
5.3 Vereinbarkeit mit Europarecht und Internationalen Abkommen	930
6. Abbau von Steuervergünstigungen	931

§ 20 Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht

A. Gemeinnützigkeitsrecht	933
1. Gemeinnützigkeit als Förderung der Allgemeinheit	933
2. Wirtschaftliche Betätigung gemeinnütziger Körperschaften	936
B. Spendenrecht	938
1. Spenden für gemeinnützige Zwecke	938
2. Spenden an politische Parteien	939
3. Haftung und Vertrauensschutz bei Spendenbestätigung (§ 10b IV EStG; § 9 III KStG)	940

Sechstes Kapitel: Steuerverfahrensrecht

§ 21 Durchführung der Besteuerung

	Seite
A. Prinzipien des Steuerverfahrens	941
I. Gesetzmäßigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung	941
1. Rechtsstaatlicher Auftrag der Finanzbehörden	941
2. Verfahrensmaximen	942
2.1 Untersuchungsmaxime	942
2.2 Kooperationsmaxime	942
3. Rechtsstaatlicher Steuervollzug unter den Bedingungen einer Massenverwaltung ..	942
II. Übermaßverbot als Schranke der Sachaufklärung	945
III. Recht auf Informationsteilnahme, Grundsatz rechtlichen Gehörs	945
IV. Vertrauensschutzprinzip; Grundsatz von Treu und Glauben	947
1. Rechtsstaatlichkeit des Vertrauensschutzes	947
2. Zusammenhang zwischen Vertrauensschutz und allgemeinem Rechtsgrundsatz von Treu und Glauben	948
3. Zusage	948
4. Tatsächliche Verständigung	952
5. Verwirkung	955
B. Organisation und Zuständigkeit der Finanzbehörden	957
I. Die Hierarchie der Finanzbehörden	957
1. Der zweigleisige dreistufige Verwaltungsaufbau	957
2. Weisungsrechte	958
II. Die Zuständigkeit der Finanzbehörden	959
1. Sachliche Zuständigkeit	959
2. Örtliche Zuständigkeit	961
C. Der Steuerverwaltungsakt	961
I. Bedeutung des Verwaltungsakts für das Besteuerungsverfahren	961
II. Begriff und Typologie des Verwaltungsakts	962
1. Abgrenzung des Verwaltungsakts von anderen Handlungsformen	962
2. Typologie der Verwaltungsakte	964
III. Entstehung des Steuerverwaltungsakts	965
1. Entstehungsphasen eines Steuerverwaltungsakts	965
2. Wirksamwerden des Steuerverwaltungsakts	965
2.1 Geltung der Erklärungstheorie	965
2.2 Bekanntgabe des Steuerverwaltungsakts	965
2.2.1 Zeitpunkt der Bekanntgabe	965
2.2.2 Inhalts- und Bekanntgabeadressat	966
2.3 Fehler bei der Bekanntgabe des Steuerverwaltungsakts und deren Rechtsfolgen	967
IV. Bestandskraft des Steuerverwaltungsakts	969

	Seite
1. Formelle und materielle Bestandskraft	969
2. Grundlagen- und Folgebescheide	969
V. Anforderungen an die Ausgestaltung des Steuerverwaltungsakts	970
1. Inhaltliche Bestimmtheit	970
2. Form	971
3. Begründung	971
VI. Nebenbestimmungen	972
VII. Rechtswidrigkeit des Steuerverwaltungsakts	973
VIII. Spezielle Steuerverwaltungsakte	975
1. Steuerbescheid	975
2. Feststellungsbescheid	976
3. Steuermessbescheid	979
4. Steuervergütungsbescheid	979
5. Erstattungs- bzw. Rückforderungsbescheid	979
6. Abrechnungsbescheid (§ 218 II AO)	980
7. Haftungs- und Duldungsbescheid	981
D. Verwaltungsverfahren im Steuerrecht	982
I. Besteuerung im gestuften Verwaltungsverfahren	982
II. Beteiligte des Besteuerungsverfahrens	983
1. Begriff des Beteiligten	983
2. Beteiligungsfähigkeit	983
3. Handlungsfähigkeit	983
4. Bevollmächtigung (gewillkürte Vertretung)	984
E. Ermittlungsverfahren	986
I. Untersuchungs- und Kooperationsmaxime	986
II. Mitwirkungspflichten	987
1. Allgemeiner Grundsatz (§ 90 AO)	987
2. Gesteigerte Mitwirkungspflicht bei Auslandssachverhalten	988
3. Mitwirkung bei Erfassung der Stpfl.	990
4. Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten	990
5. Steuererklärungen	992
5.1 Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung	992
5.2 Form, Inhalt, Frist der Steuererklärung	992
5.3 Verspätungszuschlag	994
5.4 Berichtigungspflicht bei unrichtigen Steuererklärungen	995
6. Spezielle Mitwirkungspflichten (§§ 93 ff. AO)	995
6.1 Umfang	995
6.2 Grenze: Übermaßverbot	996
7. Mitwirkungsverweigerungsrechte	997
8. Benennungsverlangen nach § 160 AO	999
III. Beweis und Beweismaß in finanzbehördlichen Steuerverfahren	1001

	Seite
1. Gewissheitsgrad finanzbehördlicher Sachaufklärung	1001
2. Beweisvermutung nach § 158 AO, Vertrauensvorschussprinzip	1002
3. Beweisreduzierung nach § 162 AO/Sphärenverantwortlichkeit	1002
4. Beweiserhebung	1004
4.1 Beweisgegenstand und Beweismittel	1004
4.2 Beweisverfahren	1004
5. Beweislast	1005
6. Beweiswürdigung	1005
7. Beweisverwertungsverbote	1005
IV. Besondere Verfahren der Sachaufklärung	1006
1. Außenprüfung	1006
1.1 Zweck der Außenprüfung	1007
1.2 Zulässigkeitsvoraussetzungen	1007
1.3 Außenprüfung als Ermessensentscheidung	1008
1.4 Prüfungsanordnung	1010
1.5 Prüfungsablauf	1010
1.6 Rechtliches Gehör, Schlussbesprechung	1011
1.7 Verwertung der Prüfungsfeststellungen	1012
1.8 Kontrollmitteilungen in der Außenprüfung	1013
1.9 Besondere Arten von Außenprüfungen	1013
2. Steuerfahndung	1014
3. Steueraufsicht in besonderen Fällen	1015
V. Amtshilfe	1016
1. Amtshilfe im engeren Sinn	1016
2. Sog. Spontanhilfe, Kontrollmitteilungen	1018
3. Datenschutz	1019
F. Festsetzungsverfahren	1020
I. Arten der Steuerfestsetzung	1020
1. Endgültige Steuerfestsetzung	1020
2. Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung	1020
3. Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung	1022
4. Abweichende Festsetzung aus Billigkeitsgründen	1024
II. Festsetzungsverjährung	1024
1. Wirkung der Festsetzungsverjährung	1024
2. Festsetzungsfristen	1025
3. Fristbeginn, Anlaufhemmung	1026
4. Fristablauf, Ablaufhemmung	1026
III. Feststellungsverfahren	1028
G. Erhebungsverfahren	1028
I. Verwaltungsakte mit Titelfunktion (§ 218 I AO) als Grundlage für die Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1028
II. Fälligkeit	1028

	Seite
1. Grundsätze	1028
2. Hinausschieben der Fälligkeit	1028
2.1 Stundung (§ 222 AO)	1029
2.2 Zahlungsaufschub (§ 223 AO)	1030
III. Erlöschen fälliger Ansprüche	1030
1. Zahlung (§§ 224, 225 AO)	1030
2. Aufrechnung (§ 226 AO)	1031
3. Billigkeitserlass; Erstattung aus Billigkeitsgründen (§ 227 AO)	1032
3.1 Grundgedanke des Erlasses	1032
3.2 Erlass als Ermessensentscheidung	1033
3.3 Billigkeitsgründe	1034
3.3.1 Sachliche Unbilligkeit	1034
3.3.2 Persönliche Unbilligkeit	1035
3.4 Billigkeitsmaßnahmen	1036
4. Zahlungsverjährung	1037
4.1 Verhältnis von Festsetzungs- und Zahlungsverjährung	1037
4.2 Verjährungsfrist, Hemmung, Unterbrechung	1037
IV. Verzinsung, Säumniszuschlag	1038
1. Überblick über das Zinssystem	1038
2. Die einzelnen Verzinsungstatbestände	1039
2.1 Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen (§ 233a AO) ..	1039
2.2 Stundungszinsen (§ 234 AO)	1040
2.3 Hinterziehungszinsen (§ 235 AO)	1040
2.4 Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge und Steuervergütungen (§ 236 AO)	1040
2.5 Aussetzungszinsen (§ 237 AO)	1041
2.6 Konkurrenz der Zinstatbestände	1041
3. Zinsbescheid (§ 239 AO)	1041
4. Säumniszuschlag (§ 240 AO)	1041
H. Vollstreckungsverfahren	1042
I. Besonderheit der Verwaltungsvollstreckung	1043
II. Vollstreckung wegen Geldforderungen (§§ 259–327 AO)	1043
III. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen (Zwangsmittel, §§ 328–336 AO)	1046
J. Korrektur von Steuerverwaltungsakten	1047
I. Zweigleisigkeit des Korrektursystems	1047
II. Korrekturterminologie	1048
III. Allgemeine Korrekturvorschriften	1049
1. Berichtigung offenkundiger Unrichtigkeiten (§ 129 AO)	1049
2. Sonstige allgemeine Korrekturvorschriften	1050
IV. Spezielle Korrekturvorschriften für Steuerbescheide und diesen gleichgestellte Steuerverwaltungsakte	1050
1. Grundtatbestand des § 172 AO	1050

	Seite
2. Korrektur wegen nachträglich bekannt werdender Tatsachen oder Beweismittel (§ 173 AO)	1052
2.1 Grundgedanke der Vorschrift	1052
2.2 Die Tatbestandsmerkmale der Vorschrift	1053
2.2.1 Tatsachen oder Beweismittel	1053
2.2.2 Nachträgliches Bekanntwerden	1053
2.2.3 Rechtserheblichkeit	1054
2.2.4 Negativmerkmale: Ermittlungspflichtverletzung und grobes Verschulden	1054
2.2.5 Negativmerkmal: Änderungssperre nach § 173 II AO	1056
3. Korrektur wegen widerstreitender Steuerfestsetzung (§ 174 AO)	1056
3.1 Mehrfachberücksichtigung eines Sachverhaltes (§ 174 I, II AO)	1056
3.2 Nichtberücksichtigung eines Sachverhaltes (§ 174 III AO)	1057
3.3 Folgekorrektur nach § 174 IV, V AO	1058
4. Korrektur von Folgebescheiden (§ 175 I 1 Nr. 1 AO)	1059
5. Korrektur wegen rückwirkenden Ereignisses (§ 175 I 1 Nr. 2 AO)	1059
6. Unselbständige Korrektur von materiellen Fehlern (§ 177 AO)	1062
7. Vertrauensschutz nach § 176 AO	1063
V. Korrekturvorschriften für andere Steuerverwaltungsakte	1064
1. Überblick über die Regeln der §§ 130, 131 AO	1064
2. Rücknahme eines rechtswidrigen Steuerverwaltungsakts (§ 130 AO)	1065
2.1 Rücknahme eines belastenden Steuerverwaltungsakts (§ 130 I AO)	1065
2.2 Rücknahme eines begünstigenden Steuerverwaltungsakts (§ 130 II AO)	1065
3. Widerruf eines rechtmäßigen Steuerverwaltungsakts (§ 131 AO)	1066
3.1 Widerruf eines belastenden Steuerverwaltungsakts (§ 131 I AO)	1067
3.2 Widerruf eines begünstigenden Steuerverwaltungsakts (§ 131 II AO)	1067
§ 22 Rechtsschutz in Steuersachen	
A. Überblick über das Rechtsschutzsystem	1069
I. Der Justizgewährleistungsanspruch des Art. 19 IV GG	1069
II. Die verschiedenen Rechtswege	1070
B. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren	1071
I. Zweck und Rechtsnatur des Rechtsbehelfsverfahrens	1071
II. Durchführung des Rechtsbehelfsverfahrens	1072
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	1072
2. Eingeschränkter Suspensiveffekt des Einspruchs	1074
2.1 Grundsatz des § 361 I AO	1074
2.2 Aussetzung der Vollziehung	1074
3. Hinzuziehung zum Verfahren (§ 360 AO)	1075
4. Die Ausgestaltung des Einspruchsverfahrens	1076
4.1 Charakter eines verlängerten Verwaltungsverfahrens	1076
4.2 Rechtliches Gehör, Erörterung des Sach- und Rechtsstandes (§ 364a AO)	1076
4.3 Präklusion verspäteten Sachenvortrages (§ 364b AO)	1077
4.4 Aussetzung und Ruhen des Verfahrens (§ 363 AO)	1079

	Seite
III. Abschluss des Rechtsbehelfsverfahrens	1080
C. Gerichtliches Rechtsbehelfsverfahren	1082
I. Die Gerichtsverfassung der Finanzgerichtsbarkeit	1082
1. Zweistufiger Gerichtsaufbau	1082
2. Die Senatsverfassung	1082
3. Der sog. fakultative Einzelrichter (§ 6 FGO)	1083
II. Das Klagesystem der FGO	1087
1. Überblick über das Klagesystem	1087
2. Die Klagearten im Einzelnen	1087
2.1 Anfechtungsklage (§ 40 I Alt. 1 FGO)	1087
2.2 Verpflichtungsklage (§ 40 I Alt. 2 FGO)	1088
2.3 Sonstige (allgemeine) Leistungsklage (§ 40 I Alt. 3 FGO)	1088
2.4 Feststellungsklage (§ 41 FGO)	1089
III. Zulässigkeit der Klage	1089
1. Zulässigkeit des Finanzrechtsweges	1090
2. Zuständigkeit des Gerichts	1091
3. Statthafte Klageart	1092
4. Erfolgloses Vorverfahren (§ 44 I FGO)	1092
4.1 Grundsatz des obligatorischen Vorverfahrens	1092
4.2 Ausnahmen vom Vorverfahren	1092
4.2.1 Sog. „Untätigkeitsklage“ (§ 46 FGO)	1092
4.2.2 Sprungklage (§ 45 FGO)	1093
5. Klagebefugnis (§ 40 II FGO)	1094
5.1 Anwendungsbereich und Funktion der Klagebefugnis	1094
5.2 Rechtsverletzung	1094
5.3 Subjektive Betroffenheit des Klägers	1096
5.4 Vortrag zur Klagebefugnis („Geltendmachung“)	1098
5.5 Klagebefugnis bei Feststellungsbescheiden (§ 48 FGO)	1098
6. Beteiligten-, Prozess-, Postulationsfähigkeit	1099
7. Wahrung der Klagefrist (§ 47 FGO)	1100
8. Richtiger Beklagter (sog. Passivlegitimation), § 63 FGO	1101
9. Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung (§§ 64, 65 FGO)	1101
10. Rechtsschutzbedürfnis	1103
11. Negative Sachurteilsvoraussetzungen	1104
IV. Übersicht über die gerichtlichen Rechtsbehelfe	1104
V. Das Klageverfahren	1105
1. Verfahrensgrundsätze	1105
1.1 Untersuchungsgrundsatz	1105
1.2 Offizial- und Dispositionsmaxime	1105
1.3 Grundsatz der Mündlichkeit und Öffentlichkeit	1106
1.4 Grundsatz rechtlichen Gehörs (Art. 103 I GG)	1107
2. Beiladung (§§ 60, 60a FGO)	1107
3. Sachaufklärung und Entscheidungsfindung durch das Gericht	1108

3.1 Überblick über die Stationen der Sachaufklärung	1108
3.2 Vorbereitende Sachaufklärung	1108
3.3 Beweiserhebung	1111
3.4 Beweismaß und Beweislast	1112
3.4.1 Regelbeweismaß	1112
3.4.2 Beweismaßorientierung an der Sphärenverantwortlichkeit/fundamentale Beweisregeln	1113
3.4.3 Beweislastorientierung an der Sphärenverantwortlichkeit	1114
3.5 Beweiswürdigung	1115
3.5.1 Grundsatz der freien Beweiswürdigung	1115
3.5.2 Indizien- und Anscheinsbeweis	1115
3.6 Aussetzung des Verfahrens (§ 74 FGO)	1116
4. Klageänderung (§§ 67, 68 FGO)	1117
5. Entscheidung des Gerichts	1117
5.1 Entscheidungsinhalt	1117
5.2 Entscheidungsformen	1119
6. Klagerücknahme/Erledigung der Hauptsache	1120
VI. Vorläufiger Rechtsschutz	1120
1. Zweigleisigkeit des vorläufigen Rechtsschutzes	1121
2. Aussetzung der Vollziehung	1122
3. Einstweilige Anordnung (§ 114 FGO)	1124
VII. Rechtsmittel	1125
1. Überblick über das Rechtsmittelsystem	1125
2. Revision	1126
2.1 Zweck der Revision	1126
2.2 Statthaftigkeit der Revision (§ 115 I, II FGO)	1127
2.3 Revisionszulassungsgründe (§ 115 II FGO)	1127
2.4 Grundsatz der Vollrevision	1129
2.5 Revisionsgründe (§ 118 FGO)	1129
2.6 Revisionsverfahren	1130
2.7 Entscheidung des Bundesfinanzhofes	1131
3. Nichtzulassungsbeschwerde (§ 116 FGO)	1132
4. Beschwerde (§ 128 FGO)	1133
VIII. Anhörungsrüge (§ 133a FGO)	1133
IX. Kosten des Gerichtsverfahrens	1134
X. Rechtskraft (§ 110 FGO)	1136
D. Verfassungsrechtlicher Rechtsschutz	1136
I. Verfassungsbeschwerde (Art. 93 I Nr. 4a GG)	1137
II. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 I GG)	1140
III. Entscheidung des BVerfG	1141
E. Europarechtlicher Rechtsschutz	1144

Siebentes Kapitel: Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenrecht

§ 23 Materielles Steuerstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht

	Seite
A. Überblick über das System des Steuerstraf- und -ordnungswidrigkeitenrechts	1149
I. Rechtfertigung eines Steuerstraf- und -ordnungswidrigkeitenrechts	1149
II. Unterscheidung zwischen Steuerverfehlungen und allgemeinen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	1151
III. Unterscheidung zwischen Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten ..	1152
B. Die einzelnen Steuerstraftaten	1153
I. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1153
1. Geschütztes Rechtsgut und Deliktscharakter	1153
2. Objektiver Tatbestand	1154
2.1 Tathandlung	1154
2.2 Taterfolg	1157
2.2.1 Steuerverkürzung	1157
2.2.2 Erlangung eines nicht gerechtfertigten Steuervorteils	1159
2.2.3 Kompensationsverbot (§ 370 IV 3 AO)	1159
2.3 Kausalität zwischen Tathandlung und Taterfolg	1160
2.4 Verkürzung von EG- oder EFTA-Eingangsabgaben	1161
3. Subjektiver Tatbestand, Irrtum	1161
4. Zeitliche Stadien der Tat	1162
5. Selbstanzeige (§ 371 AO)	1164
5.1 Rechtsnatur und Zweck der Selbstanzeige	1164
5.2 Positive Strafbefreiungsvoraussetzungen (§ 371 I, III AO)	1165
5.3 Negative Strafbefreiungsvoraussetzungen (§ 371 II AO)	1165
6. Konkurrenzen	1167
7. Strafzumessung	1168
II. Gewerbs-/Bandenmäßige Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26c UStG)	1171
III. Steuerhellei (§ 374 AO)	1172
C. Die einzelnen Steuerordnungswidrigkeiten	1172
I. Leichtfertige Steuerverkürzung (§ 378 AO)	1172
II. Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26b UStG)	1174
III. Steuergefährdungen (§§ 379–382 AO)	1174
1. Einführung	1174
2. Allgemeine Steuergefährdung (§ 379 AO)	1175
3. Gefährdung von Abzugsteuern (§ 380 AO)	1176
4. Gefährdung von Verbrauchsteuern (§ 381 AO)	1176
5. Gefährdung von Ein- und Ausfuhrabgaben (§ 382 AO)	1176

	Seite
IV. Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungsansprüchen (§ 383 AO)	1177
V. Zweckwidrige Verwendung des Identifikationsmerkmals des § 139a AO (§ 383a AO)	1177
§ 24 Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitsverfahren	
A. Steuerstrafverfahren	1179
I. Einführung	1179
II. Ermittlungsverfahren	1179
1. Zuständigkeit zur Strafverfolgung	1179
2. Einleitung des Ermittlungsverfahrens	1181
3. Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden	1183
4. Rechtsstellung des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren	1186
5. Abschluss des Ermittlungsverfahrens	1188
III. Verfahren vor den Strafgerichten in Steuersachen	1191
1. Zuständiges Strafgericht	1191
2. Öffentliche Klage vor den Strafgerichten	1191
2.1 Strafbefehlsverfahren (§§ 407 ff. StPO)	1191
2.2 Öffentliche Klage nach § 170 I StPO	1192
B. Steuerordnungswidrigkeitenverfahren	1192
I. Zuständigkeit	1192
II. Ermittlungsverfahren	1193
1. Grundsätze des Ermittlungsverfahrens	1193
2. Abschluss des Ermittlungsverfahrens	1193
III. Rechtsbehelf des Betroffenen	1193
 Stichwortverzeichnis	 1195